

**Forum: Geschichte kann mehr! Angewandte Geschichte statt
Geschichtspolitik für die Ausstellung der „Stiftung Flucht,
Vertreibung, Versöhnung“**

von Jakob Ackermann, Juliane Tomann, Jacqueline Nießer

Mit diesem Beitrag möchten wir die bisherige Diskussion im Forum um eine Perspektive aus der fachhistorisch orientierten Praxis, konkret der interkulturellen, historisch-politischen Bildungsarbeit, erweitern.¹ Drei Problemstellungen stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens das Verständnis von Öffentlichkeit und die Rolle von Gesellschaft im Zusammenhang mit politisch oder wissenschaftlich geleiteter Geschichts- und Erinnerungskultur; zweitens die unterschätzte Bedeutung und teilweise Missdeutung von Heterogenität in den Konzeptionsansätzen der Ausstellungen; drittens der top-down-orientierte Vermittlungsansatz einer rein auf Wissenstransfer und Empathieevokation beruhenden Ausstellungsarbeit.²

Erstens: Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft

Wie bei der Entstehung der meisten geschichtskulturellen Manifestationen der letzten zwanzig Jahre in Deutschland ging auch in der Debatte um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ die Initiative vom Engagement einer zivilgesellschaftlichen Gruppe, hier eines Opfernverbandes, aus.³ Ein Verbund von Akteuren mit einer gemeinsamen Erfahrung, Intention oder Meinung will seine Stimme vernehmbar machen und so einen öffentlich wahrgenommenen Platz in der kollektiven Erinnerungslandschaft einer Gesellschaft einnehmen. Staatliche Akteure hingegen streben besonders bei brisanten

¹Die Autoren des Aufsatzes sind Mitglieder des Institut für angewandte Geschichte in Frankfurt an der Oder. <<http://www.institut.net>> (12.11.2010).

²Dies wurde ebenfalls von Tim Völkerling in seiner Antwort auf Wolfram von Scheliha kritisiert und soll hier erweiternd beleuchtet werden: Tim Völkerling: Forum: Entgegnung auf Wolfram von Scheliha und Anmerkungen zum Bildungsauftrag der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, in: H-Soz-u-Kult, 08.10.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1381&type=diskussionen>> (12.11.2010).

³Hier der Bund der Vertriebenen, der besonders durch seine politische Agitation in der Debatte wahrgenommen wird.

Themen danach, eine Deutungshoheit für ein *gemeinsames* nationales Gedächtnis zu beanspruchen, hier durch Bundestagsbeschlüsse, die Schaffung einer Bundesstiftung und die Einbeziehung des Deutschen Historischen Museums (DHM). Die heterogenen Intentionen und Bedürfnisse unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure sollen so in ein national-kollektives Gedächtnis übergeführt werden. Es entstünde ein nur von oben ausgehandelter, politischer Kompromiss hinsichtlich einer möglichst verbindenden und verbindlichen Vergangenheitsdeutung mit ihrer entsprechenden Relevanzzuschreibung für die Gegenwart.

In diesem Prozess der staatlichen Aneignung des Bedürfnisses einer gesellschaftlichen Teilgruppe, hier der Vertriebenen⁴, verschwindet viel zu oft das, was Geschichte in einer Gesellschaft zu leisten vermag: Als Orientierungsfeld für und in der Gegenwart können durch eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit offen ideologische Positionen identifiziert, ihre Wirkungsweise veranschaulicht und damit auch Handlungsalternativen aufgezeigt werden, die in der Gegenwart von Relevanz sind. Ein so reflektierter Umgang mit Vergangenheit bietet die Möglichkeit, die eigene Identität und die Substanz von Gruppenzugehörigkeiten zu verdeutlichen und fördert die Fähigkeit, aktiv am stetigen Aushandlungsprozess eines Gruppenbewusstseins zu partizipieren. Eine derartige Reflexionsebene mit und in der Gesellschaft sollte deshalb auch während der Konzeption der Ausstellung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ihren Platz haben.

Dafür ist es notwendig, dass die staatlich geförderte Geschichtskultur und mit ihr die derzeitige Debatte über die entstehende Ausstellung offener gestaltet werden und sich so demokratisieren. Geschichte in diesem Sinne sollte eine Brückenfunktion zwischen sozialer Praxis, akademischer Reflexion und politischer Aushandlung bilden, an der wissenschaftliche wie außerwissenschaftliche Akteure bewusst und

⁴Das heißt eigentlich sogar nur einem Teil dieser Gruppe, eben dem Bund der Vertriebenen und seinen Mitgliedern, der selbst für sich eine durchaus heterogene Gruppe darstellt und keineswegs alle Vertriebenen vertritt.

gleichberechtigt beteiligt werden.⁵ In diesem Prozess müssen sowohl die Perspektive des Bundes der Vertriebenen als Akteur, aber auch die Aktivitäten und Erkenntnisse von Vereinen und NGOs ernst genommen werden, die in grenzüberschreitender Zusammenarbeit an einer entideologisierten Praxis der Völkerverständigung arbeiten.⁶ Das Vorhaben der Stiftung, „auch die bei der gemeinsamen Aufarbeitung und Präsentation dieser Thematik entstandenen Formen grenzüberschreitender Partnerschaft und Zusammenarbeit (z.B. Städtepartnerschaften, bi- und multilaterale Projekte)“⁷ stärker zu berücksichtigen, ist deshalb unterstützenswert. Ein von traditionellen Verbands- und Politikinteressen sowie deren Institutionen und Führungspersonen bestimmtes Bild – und sei es noch so wissenschaftlich korrekt – wird ohne Partizipationsoptionen und Rückkopplungen an die heterogenen Perspektiven anderer zivilgesellschaftlicher Akteure wohl kaum in das Geschichtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gelangen. Die Frage, „[w]elchen Platz [...] Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und der Europäer à la longue einnehmen [werden]“⁸ kann mit Blick auf die Zukunft deshalb nicht ‚endgültig‘ und abschließend beantwortet werden. Sie sollte es auch nicht, wenn man Geschichte als offenen, sich entlang wandelnder gesellschaftlicher Werte und Interessen stets neu ausrichtenden Prozess versteht. Karl Schlögels Forderung, dass Vertreibungen „im nationalen Gedächtnis einen zentralen Platz einnehmen müssen“⁹, kann sich daher ebenfalls nur auf gegenwärtige Diskussionslagen und Klärungsprozesse beziehen. Alles andere wäre der Versuch, ein kollektives Gedächtnis zentral zu programmieren und zeitunabhängig zu

⁵Vgl. den Artikel zu Angewandter Geschichte auf dem Online-Portal von Docupedia; demnächst unter <http://docupedia.de/zg/Angewandte_Geschichte>.

⁶Wie z.B. die Projekte der „Geschichtswerkstatt Europa“, die Borussia Olsztyn, das Deutsch-Polnische Jugendwerk, Aktion West-Ost, der Verein AntiKomplex, etc.

⁷<<http://www.dhm.de/sfvv/konzeption.html>> (12.11.2010).

⁸Manfred Kittel während seines Vortrags im DHM am 18. September 2010; vgl. <http://www.dhm.de/sfvv/docs/Vortrag_Kittel_Symposium2010.pdf> (S.1) (12.11.2010).

⁹Karl Schlögel zitiert von Manfred Kittel, ebenda S. 3; vgl. Ursprungsquelle: <http://www.zeit.de/2003/31/Essay_Schl_9agel> (12.11.2010).

determinieren.

Zweitens: Homogenisierung oder ernstgenommene Multiperspektivität?

In der Debatte um „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist deutlich die konfliktträchtige Divergenz zu erkennen, welche sich aus einem solchen Vorhaben ergibt. Wenn „der Staat, der sich als Repräsentant einer Nation, also als Nationalstaat, begreift, [...] eine einheitliche Nationalkultur zum Leitbild [erhebt], die von gemeinsamen Mythen, Sprache und Geschichte geprägt ist“¹⁰, können die multiplen Meinungen seiner einzelnen Gruppen kaum in jener Differenzierung einfließen, die die Vielfalt gesellschaftlichen Lebens in einem offenen Staatswesen ausmacht. Die Richtlinien der Stiftung zeigen deutlich, wie weit die Ansprüche auseinanderklaffen: Auf der einen Seite steht die Vermittlung einer *deutschen* Perspektive, die jedoch gleichzeitig durch Aufzeigen von *alternativen*, anderen Deutungen in Frage gestellt werden soll, um „einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten“.¹¹ Hier droht Multiperspektivität missverstanden zu werden als das Nebeneinanderstellen, Vergleichen und Gewichten unterschiedlicher nationaler Sichtweisen, die weiterhin subsumiert werden unter *eine* eindeutige politische Hauptaussage.

Eine Ausstellung zum Thema „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ könnte und sollte gerade die Heterogenität der Erinnerungskultu-

¹⁰Das Konzeptionspapier von Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Dr. K. Erik Franzen, Prof. Dr. Claudia Kraft, Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Tim Völkerling, PD Dr. Volker Zimmermann, Dr. Martin Zückert findet sich unter Martin Schulze Wessel: Forum: Konzeptionelle Überlegungen für die Ausstellungen der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, in: H-Soz-u-Kult, 10.09.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1355&type=diskussionen>>, S. 9 (12.11.2010). Im Folgenden wird es kurz als „Konzeptpapier der Historikerkommissionen“ bezeichnet.

¹¹Z.B. (ohne Kürzung): „Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen stellen die zahlenmäßig größte Einzelgruppe Vertriebener und Zwangsumgesiedelter dar. Gleichzeitig ist es für die historische Einordnung sowie für die Akzeptanz der Einrichtung wichtig, auch auf Flüchtlingsströme und Vertreibungsverbrechen in der Gegenwart hinzuweisen.“ (<<http://www.dhm.de/sfvv/konzeption.html>>, 12.11.2010). Auf die Problematik des Begriffs „Versöhnung“ soll hier nicht weiter eingegangen werden, das wurde bereits an anderer Stelle ausführlich getan.

ren, die den deutschen wie den europäischen Raum durchziehen und durchflechten, als Chance erkennen. Der Vorschlag der Kommissionen ist deshalb positiv zu werten, „mannigfaltige geschichtskulturelle Phänomene [...] darzustellen und dabei sowohl Entwicklungen innerhalb der deutschen, polnischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen oder andersnationalen Gesellschaften wie auch transnationale Phänomene zu verdeutlichen [...] – etwa am Beispiel von Heimatstuben, Regional- und Landesmuseen, Denkmälern und Gedenkstätten, Heimatbüchern und Belletristik, Städtepatenschaften und -partnerschaften, literarischen, filmischen, musikalischen und theatralischen Verarbeitungen oder öffentlichen politischen und medialen Kontroversen“.¹² Dieser Zugang sollte jedoch der zentrale werden: Durch die Präsentation zahlreicher, bereits existierender Erinnerungsorte und ihrer Manifestationen sowie die Offenlegung der Erinnerungs-, Narrations- und Deutungsmuster hinter diesen Stellungnahmen zur Vergangenheit können die Rezipienten dazu animiert werden, ihre eigene historisch-soziale Identität zu hinterfragen. In Form einer feedbackgeleiteten Rückkopplung kann damit ebenso die Veränderung und Erweiterung des Geschichtsbewusstseins der für die Ausstellungen Verantwortlichen erreicht werden. Durch das politisch nicht präjudizierte Zusammenspiel unterschiedlicher Beteiligter vor, bei und nach der Konzeption von Geschichtsnarrationen mit öffentlicher Wirkung kann ein dynamischer Prozess entstehen, der das Interesse an einer wiederholten Auseinandersetzung mit dem Thema stärkt. So könnte die Ausstellung dann auch „als Anregung zur identitätsstiftenden nationalen Debatte“¹³ verstanden werden und – wie es in den Grundsätzen der Stiftung steht – der Aufgabe gerecht werden, als „Ort lebendigen Gedächtnisses“¹⁴ zu wirken.

¹²Konzeptpapier der Historikerkommissionen, a.a.O., S. 12.

¹³Robert Traba beim Sonderpanel des 48. Deutschen Historikertags 2010 in Berlin zur Debatte Flucht, Vertreibung, Versöhnung am 29.10.2010.

¹⁴<<http://www.dhm.de/sfvv/konzeption.html>> (12.11.2010).

Dazu könnte idealerweise das Ausstellungsprojekt der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sich auch der Integrationsdebatte in Deutschland annehmen: Die Notwendigkeit, alle in Deutschland Lebenden, also auch Bürger mit Migrationshintergrund sowie weniger integrierte Gruppen wie Flüchtlinge, Asylsuchende, ausländische Arbeitskräfte dazu anzuregen, ihre Geschichte in dem Kontext „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu erzählen, wurde bisher viel zu wenig beachtet.¹⁵ Hier könnte die Ausstellung Vorbildfunktion annehmen. Dazu sollten die Bezüge zwischen den Vertreibungsdebatten in Deutschland und beispielsweise Polen, Tschechien, Griechenland, der Türkei, Armenien, Palästina, Kosovo oder Bosnien-Herzegowina usw. sichtbar gemacht werden, je aus den unterschiedlichen Perspektiven der politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteure. Erst dies würde auch allen definierten Zielgruppen eine Teilhabe an der gesellschaftlichen Debatte in Deutschland ermöglichen und gleichzeitig die internationalen Diskussionen bereichern. Der durch politische und andere Interessen verengte Blick auf ein „Jahrhundert der Vertreibungen“¹⁶ müsste folglich durch eine umfangreichere wissenschaftliche Begleitung und Kontextualisierung der unterschiedlichen Narrationen über das Geschehen geweitet werden. Dazu würde auch gehören, dass die divergierenden und konkurrierenden Vergangenheitsdeutungen unterschiedlicher Akteure in ihren Absichten, Funktionen und Reichweiten transparent und mit wissenschaftlichen Kriterien analysiert, diskutiert und in den jeweiligen erinnerungskulturellen Kontext eingeordnet werden – eine weitreichende Herausforderung wie Chance für die Fachwissenschaft und Fachdidaktik.

¹⁵Was auch das Konzeptpapier der Historikerkommissionen erwähnt: „Eine besondere Herausforderung stellen Besucher, v. a. Schüler und Jugendliche, mit Migrationshintergrund dar.“ (S. 19) und „Die Ausstellung richtet sich ferner an Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland (...). Darunter werden sich auch Angehörige von Staaten befinden, die vom Kriegs- und Vertreibungsgeschehen betroffen waren und die die Ausstellung in besonderer Weise wahrnehmen – zumal einige von ihnen ebenfalls einen direkten oder indirekten persönlichen Bezug zum Thema besitzen dürften“ (S. 19f).

¹⁶<<http://www.dhm.de/sfvv/konzeption.html>> (12.11.2010).

Drittens: Vermittlungsansätze, Wissenstransfer und Kompetenzförderung

Dass sich bei der Konzeption der Ausstellungen an der modernen Geschichtsdidaktik orientiert werden sollte, hat bereits Tim Völkerling in seinem Diskussionsbeitrag eingängig skizziert¹⁷: Weg von einem reinen Wissensvermittlungsansatz, aber auch weg von der Inszenierung historischer Situationen – hin zu Angewandter Geschichte. Ein geschichtspolitisch ausgehandelter Curriculumskompromiss, der – wenn auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügend – den Rezipienten in einem „top down“-Prozess vermittelt wird, verengt die Lernmöglichkeiten in einem geschichtskulturellen Ort wie einer Ausstellung als Kommunikationsplattform und Ort der Identitätsverhandlung. Es reicht nicht, historische Themen mit multiperspektivischen Deutungen zu versehen, auch wenn das ein wichtiger Ansatzpunkt ist. Soll Zivilgesellschaft, sollen aktive Bürger für das Geschichtsbewusstsein einer Gemeinschaft eine Rolle spielen, müssen auch entsprechend offene und dynamische Lernziele definiert werden – und zwar nicht nur inhaltliche. Unter dem Stichwort „Kompetenzförderung“ hat die moderne Geschichtsdidaktik dazu sowohl Struktur- als auch Lehr-Lern-Modelle entwickelt, um ein reflektiertes und selbstreflexives Geschichtsbewusstsein bei unterschiedlichen Zielgruppen zu fördern.¹⁸ Dieser Forschungsstand und geschichtsdidaktische Zugang sollte nicht nur nach Vollendung einer Ausstellung durch engagierte Museumspädagogen rezipiert werden, sondern von Beginn an bei der Konzipierung von geschichtskulturellen Manifestationen fruchtbar gemacht werden.

¹⁷Tim Völkerling: Forum: Entgegnung auf Wolfram von Scheliha und Anmerkungen zum Bildungsauftrag der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, in: H-Soz-u-Kult, 08.10.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1381&type=diskussionen>> (12.11.2010).

¹⁸Z.B. Waltraud Schreiber, Andreas Körber, Bodo von Borries, Alexander Schöner, Reinhard Krammer, Sybilla Leutner-Ramme, Béatrice Ziegler: „Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Basisbeitrag)“, in: Andreas Körber, Waltraud Schreiber, Alexander Schöner, (Hrsg.), Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik, Neuried 2007, S. 17-53.

Museen und Ausstellungsräume bieten ideale Möglichkeiten, in diese Richtung eine Auseinandersetzung mit historischer Materie zu evozieren.¹⁹ Sie können anregen, sich aktiv und live mit dem Themenkomplex „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ auseinanderzusetzen, an den jeweiligen Diskussionen teilzuhaben oder gar einen eigenständigen kreativen Beitrag für die Ausstellung zu leisten. In einer offen gestalteten Kommunikationsatmosphäre – in Bezug auf Inhalte wie Deutungen – könnten die Rezipienten der Ausstellung als erinnerungskulturelle Akteure behandelt und ernst genommen werden und zwar nicht zuletzt dadurch, dass sie die Gelegenheit erhalten, ihre historischen Kompetenzen zu schulen.²⁰ Ziel muss es sein, die Rezipienten innerhalb der Ausstellung für individuelle Handlungsspielräume zu sensibilisieren, für historische Bruchstellen, und multikausale Erklärungsmodelle.

Historische Bildung in diesem Sinne muss also als Teil einer „Demokratiewissenschaft“²¹ verstanden werden. Bereits im Prozess der Konzeption dieses bedeutenden Ausstellungsprojektes müssen deshalb wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure ihren notwendigen Platz in diesem Geschichtsdiskurs einnehmen. Letztendlich sollte die Ausstellung „unvollendet“²² bleiben, damit die Geschichten, die sie erzählt, offen stehen – für die Zukunft und für eine nachhaltige Partizipation der Gesellschaft.

¹⁹Inhaltlich wie objektbezogen (vgl. z.B. Stefan Paul: „Kommunizierende Räume. Das Museum“, in: Alexander C. T. Geppert, Uffa Jensen, Jörn Weinhold (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 341-357).

²⁰Waltraud Schreiber, Katja Lehmann, Simone Unger, Stefanie Zabold, (Hrsg.), Ausstellungen anders anpacken. Event und Bildung für Besucher - ein Handbuch, Neuried 2004.

²¹Edgar Wolfrum beim Panel „Public History“ am 30.09.2010 des 48. Deutschen Historikertags 2010 in Berlin.

²²So wie es auch Robert Traba auf dem Sonderpanel zur Debatte auf dem 48. Deutschen Historikertag am 29.09.2010 gefordert hat.